

FICHE AMENDEMENT

Proposition d'amendement à l'Article:

Partie I, Article 38

Déposée par Monsieur: Joachim Wuermeling

Qualité: Alternate

Texte du Praesidium

Der Haushalt der Union wird unbeschadet der sonstigen Einnahmen vollständig aus Eigenmitteln finanziert.

Der Rat legt auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments einstimmig die Bestimmungen über das System der Eigenmittel der Union fest und empfiehlt sie den Mitgliedstaaten zur Annahme gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften.

Amendement proposé

Beibehaltung der vorgeschlagenen Formulierung

Begründung:

Am bisherigen System der Finanzierung der EU durch im Wesentlichen **Beiträge** der Mitgliedstaaten muss festgehalten werden. Eine Finanzierung durch eine **EU-Steuer** ist **abzulehnen**. Sie ist nicht mit dem Charakter der EU als Staatenverbund vereinbar, sondern stellt einen wesentlichen Schritt hin zu einem europäischen Staat dar, den weder die Regierungen noch die große Mehrheit der Bevölkerung wollen.

Finanzpolitische Spielräume der Mitgliedstaaten würden weiter **eingeschränkt** und trotz gegentei-
ger Beteuerungen wären **zusätzliche Belastungen zu befürchten**, insbesondere im Hinblick auf die Osterweiterung, deren Kosten über Steuern finanziert würden, statt sie durch Reformen der Agrar- und Strukturpolitik zu begrenzen und finanzierbar zu machen.

Eine EU-Steuer würde zudem die **EU-Finanzierung weniger transparent** machen: Die (Netto-) Beiträge der Mitgliedstaaten würden verschleiert und eine gerechtere Verteilung der Finanzierungs-
lasten würde erschwert.

Auch am Erfordernis der **Einstimmigkeit** für den Eigenmittelbeschluss im Rat und der **Ratifika-**

tion in den Mitgliedstaaten muss festgehalten werden. Nur so können die finanziellen Belastungen der Nettozahler berechenbar bleiben. Eine mögliche Blockade-Haltung eines Mitgliedstaates in der erweiterten EU ist kein Gegenargument, da der Eigenmittelbeschluss zeitlich nicht befristet ist und bis zu seiner Ablösung durch einen geänderten Beschluss in Kraft bleibt. Die Finanzierung der EU wäre daher auch in diesem Fall gewährleistet.